

Entfernte handelspolitische Beziehungen

Eine kritische Bestandsaufnahme der Annäherung von EU und Lateinamerika

Silvia Pitscheider

Anlässlich des bevorstehenden Gipfels europäischer und lateinamerikanischer Staatschefs im Mai 2006 in Wien informiert die Autorin über die Handelsinteressen, die dort diskutiert werden. Und sie zieht Bilanz über die Auswirkungen des Neoliberalismus des letzten Jahrzehnts und die Geschichte des Widerstandes, der seinen vorläufigen Höhepunkt im Alternativengipfel „Enlazando Alternativas 2“ in Wien finden wird.

Lateinamerika haben viele EuropäerInnen ins Herz geschlossen. Wir lieben die Länder, die Menschen, die Musik und die Sprachen. Waren in den 1980er Jahren die solidarischen Beziehungen zum Kontinent jenseits des Atlantiks noch sehr intensiv und die politischen Kämpfe von vielen Ländern auch in unserem Alltag sehr präsent, so ist es in den späten 1990er Jahren um Lateinamerika eher ruhig geworden. Es bestehen zwar immer noch vereinzelt Komitees und Bewegungen, die den Solidaritätsbogen spannen, es werden weiterhin Projekte im Süden und Zentrum Amerikas unterstützt und gefördert und es wird vor allem sehr viel Tango, Salsa, Merengue und Bachata getanzt. Aber es fehlten in den letzten Jahren die großen Ereignisse. Dies scheint sich nun wieder zu ändern und das Jahr 2006 wird für manch eine nicht nur als Mozartjahr, sondern auch als Lateinamerikajahr in Erinnerung bleiben. Grund dafür ist der EU-Lateinamerikagipfel, der im Mai 2006 in Wien stattfindet.

Vom 11. bis 13. Mai treffen sich in Wien die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik, um die Wirtschaftskooperation der beiden Regionen voranzutreiben – mit dem Ziel, ein Freihandelsabkommen mit den Staaten des Mercosur (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay), mit Zentralamerika und mit dem Andenpakt (Bolivien, Ecuador, Peru, Kolumbien, Venezuela) zu beschließen.

Kritische Auseinandersetzung

Soziale Bewegungen, NGOs, Gewerkschaften und kirchliche Bewegungen beider Kontinente möchten dieses Ereignis nicht unkommentiert über die Bühne laufen lassen und veranstalten einen alternativen Gipfel, bei dem es darum gehen wird, sich zu vernetzen, die offizielle Agenda zu kritisieren und Alternativen zu verbinden (enlazando alternativas). Denn die Handelspolitik der EU und die unkontrollierte Macht der europäischen Konzerne bieten für viele Menschen in Lateinamerika und in Euro-

pa nur eine düstere Perspektive. Die Zivilgesellschaft möchte einerseits diese Perspektiven sichtbar machen und andererseits den PolitikerInnen machbare und realistische Alternativen, die auf einem sozialen Dialog zwischen Europa und Lateinamerika aufbauen, zeigen.

Offizielle Agenda: Handelspolitik

Ein zentrales Anliegen des offiziellen EU-Lateinamerikas-Gipfels ist der Ausbau der Handelsbeziehungen mit Lateinamerika. Die EU ist neben den USA der führende Wirtschaftsraum der Welt und ist damit bestrebt, ihre wirtschaftliche Stellung weiter auszubauen. Dies geschieht bereits auf WTO-Ebene, wo die EU mit einer sehr aggressiven Verhandlungsführung von den WTO-Mitgliedern fordert, umfassende Marktöffnungsangebote zu unterbreiten. Doch das sich häufende Scheitern der WTO-Ministerkonferenzen führt dazu, dass die großen AkteurInnen der internationalen Handelspolitik sich neue Strategien zur Durchsetzung ihrer Interessen suchen. So bewegt sich die Verhandlungsebene verstärkt hin zu bilateralen und regionalen Abkommen. Diese Abkommen sind keine Alternativen zu multilateraler Liberalisierung, sondern ein komplementärer Prozess, und es wird versucht, auf bilateraler Ebene Handelsliberalisierungen, die im Interesse der EU und der europäischen Unternehmen liegen und auf WTO-Ebene gescheitert sind, durchzusetzen.

Wer wird gewinnen?

Die EU ist trotz eines Rückganges ihres Einflusses in den 1990er Jahren immer noch der bedeutendste Handelspartner der lateinamerikanischen Länder. So wickelt der Wirtschaftsblock Mercosur 25 % seines Außenhandels mit der EU ab und nur 19 % mit den USA. Damit die EU auch weiterhin ihre starke ökonomische Stellung im Cono Sur erhalten kann, startete sie im Jahre 1999 einen Verhandlungsprozess für ein EU-Mercosur-Assoziierungsabkommen. Die Motivation dieser Initiative liegt darin, dass die USA über eine gesamtamerikanische Freihandelszone (ALCA) verhandelt und ein Abschluss dieses Vertrages die dominante Position der EU gefährden würde. Doch da der Mercosur einer der Hauptgegner der Freihandelspläne der USA ist, verspricht sich die EU von einem EU-Mercosur-Abkommen, ihren Vorsprung zu den USA in Südamerika ausweiten zu können. Die Mercosur-Staaten werden eine politische Aufwertung ihres Handelsblocks erfahren, denn anders als die USA stellt die EU die Existenz des Mercosurs als eigenständigen politischen Block



nicht in Frage und strebt außerdem einen zivilgesellschaftlichen Dialog und eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten beider Blöcke an.

Ungleiche Forderungen

Dennoch ist der Kern des Abkommens eine neoliberale Agenda, die die Interessen der europäischen Unternehmen vertritt und ein hohes Maß an WTO-plus-Verpflichtungen (Verpflichtungen, die über die WTO-Regeln hinausgehen) enthält. Neben Dienstleistungsprivatisierungen oder Bereichen wie staatliches Beschaffungswesen oder Investitionen ist der Agrarsektor ein wesentlicher Punkt des Abkommens. Hier soll es eine gestaffelte Zollsenkung um bis zu 100% geben, die entweder sofort oder stufenweise in Zeiträumen von zwei, acht, zehn oder 17 Jahren durchgesetzt wird. So soll beispielsweise der Zoll für europäische Firmen von derzeit 27% auf null sinken. Als Gegenleistung fordern die Mercosur-Staaten eine Erhöhung der Quoten für Agrarexporte, doch beim letzten Treffen in Lissabon am 20. Oktober 2004 weigerten sich die EuropäerInnen Zugeständnisse im Bereich der Landwirtschaft zu machen. Das Abkommen scheiterte vorerst.

Verliererinnen Nr. 1: in Armut lebende Frauen

Die ersten Warnungen vor den Auswirkungen des Vertrages wurden im Jahre 2003 geäußert. Beim letzten Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der EU, Lateinamerikas und der Karibik im Jahr 2004 in Guadalajara (Mexiko) gab es bereits einen Alternativengipfel (Enlazando Alternativas 1), an dem sich lateinamerikanische und europäische NGOs beteiligten und eine gemeinsame Kritik am Abkommen formulierten. Die zentrale Kritik lautete: „Nutzen für wenige, Schaden für die Mehrheit“. Denn für mögliche Gewinne in der exportorientierten Landwirtschaft liefert der Mercosur Kernbereiche der Wirtschaft wie Was-



ser, Versicherungen, Umweltdienstleistungen oder das öffentliche Auftragswesen den europäischen transnationalen Konzernen aus. Dabei können die Armen und vor allem die armen Frauen nur verlieren. Allein dadurch, dass das Abkommen das Agrobusiness stärkt und damit den Konzernen die Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion gibt, wird die nationale Selbstversorgung abgebaut und werden Bauern und Bäuerinnen massiv von ihrem Land vertrieben.

Hunger steigt

Brasilien ist bereits jetzt ein extrem exportorientiertes Land. Im Jahre 2004 wurden 19,2 Mill. Tonnen Soja exportiert und dennoch hungern viele Menschen im brasilianischen Hinterland. Diese Situation würde sich durch ein Assoziierungsabkommen mit Europa noch drastisch verschlimmern. Können Bauern und Bäuerinnen nicht mehr von der Landwirtschaft leben und sich selbst versorgen, sind sie gezwungen, andere Einkommensmöglichkeiten zu suchen. Diese finden sie in den großen Metropolen, wo sie als billige Arbeitskräfte im Dienste der Konzerne stehen oder sich in die Kriminalität stürzen. Weiters würden durch das Abkommen Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung, Sicherheit und Kommunikation von europäischen Unternehmen kontrolliert werden. Privatisierungen in diesen Bereichen sind immer mit Preiserhöhungen verbunden. Können sich arme Familien keine Arztgebühren mehr leisten, so fällt die Versorgung der Kranken den Frauen zu. Eine weitere Folge der Verteuerung des Zugangs zum Gesundheitssystem ist die Erhöhung der Sterblichkeitsrate von Müttern und Kleinkindern.

Im Mai 2006 möchte die EU in der Durchsetzung ihrer handelspolitischen Interessen einen Schritt weiterkommen. Das Schicksal der Armen wird eine untergeordnete Rolle spielen. Die existierenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern werden verstärkt werden. Weil Lebensgrundlagen systematisch zerstört werden und alles zur Ware gemacht wird, werden auch in Wien soziale Bewegungen aus beiden Regionen Widerstand gegen diese neoliberale Agenda leisten, einen Kurswechsel der europäischen Handelspolitik fordern und Alternativen vorschlagen.

Anmerkung:

Weitere Informationen zum Alternativengipfel 2006 „Enlazando Alternativas 2“ in Wien unter www.alternativas.at

Zur Autorin:

Silvia Pitscheider ist Aktivistin von „Enlazando Alternativas 2“ und von Attac. Sie lebt derzeit in Bozen.